

**Anlage 1****ANTRAG**

auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung pädagogischer Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bildungsbereich und zur Anpassung beruflicher Bildungsgänge im Land Brandenburg (RL Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bildungsbereich) wird von der ILB ausgefüllt

InvestitionsBank  
des Landes Brandenburg  
Öffentliche Kunden

wird von der ILB ausgefüllt
Eingangsstempel

über:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport  
des Landes Brandenburg  
Referat 25  
Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Ich/wir beantrage(n) die Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach Maßgabe der Richtlinie Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bildungsbereich.

**1 Antragsteller**

Name und Anschrift des Projektträgers/ggf. Gemeindekennziffer	
Kreis	
Bearbeiter:	Telefon/Telefax/e-mail-Adresse:

- Gemeinden, Ämter, Landkreise oder kreisfreie Städte
- Zweckverbände
- freie Träger<sup>1</sup>
- Träger von Weiterbildungseinrichtungen

<sup>1</sup> freie Träger in ihrer Eigenschaft als Schulträger, Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sowie freie Träger, die mit Bildungseinrichtungen im Rahmen der Vorhaben zusammenarbeiten

**2 Bezeichnung des Projektes**

Bezeichnung des Vorhabens:	
----------------------------	--

Die vorgesehenen Maßnahmen sowie die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag (vgl. 10) gesondert darzustellen.

**3 Art des Vorhabens**

- Ausstattung und Modernisierung von Weiterbildungsstandorten
- Ausstattung und Modernisierung von Gebäuden schulischer und außerschulischer Bildungsstandorte zur Verbesserung der Leistungen und Kompetenzen benachteiligter Jugendlicher
- Ausstattung von Bildungsstandorten zur besonderen Profilierung von Schulen mit dem Ziel der Begabtenförderung im Bildungsbereich
- Schaffung eines öffentlichen Informationsportals Schule
- Ergänzung der IT-Ausstattung von Schulen
- Ergänzung der Ausstattung von Oberstufenzentren zur Anpassung an neue Ausbildungsordnungen und neu geordnete oder neue Ausbildungsberufe

**4 Sitz des Trägers**

PLZ	Ort/Gemeindekennziffer
Kreis	

**5 Investitionsort**

PLZ	Ort/Gemeindekennziffer
Kreis	

**6 Investive Maßnahmen**

Maßnahmen	Betrag (EUR)
Gesamtausgaben:	

**7 Zeitliche Durchführung des Vorhabens**

Beginn <sup>2</sup>	Tag	Monat	Jahr

Beendigung	Tag	Monat	Jahr

**8 Folgekosten**

für	Betrag (EUR)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterhaltung Gebäude</li> <li>• Unterhaltung Einrichtung</li> <li>• Betriebskosten (einschließlich Personal abzüglich evtl. Einnahmen)</li> </ul>	
<b>Summe</b>	

**9 Finanzierung**

Herkunft der Mittel	Betrag (EUR)
beantragte Zuwendung	
Eigenmittel davon Kredite	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• sonstige öffentliche Finanzierungshilfen oder</li> <li>• sonstige Beiträge Dritter (z. B. von Verbänden, anderen Institutionen etc.) Bezeichnung:</li> </ul>	
<b>Summe</b>	

**10 Anlagen**

- pädagogisches Konzept des Entwicklungs- und Modellvorhabens
- Bedarfsbegründung, Ausstattungskonzept, Nutzungskonzept, Aussagen zur mittel- bis langfristigen Sicherung der Bildungseinrichtungen,
- abgestimmtes und bestätigtes Bau- und/oder Raumprogramm
- vollständige Entwurfszeichnungen, Auszug aus der Flurkarte, Eigentumsnachweis bzw. entsprechende Verträge
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart,
- Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen,
- Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276,
- Bauzeitenplan,
- Auszüge aus der rechtskräftigen Haushaltssatzung, die die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigt.

<sup>2</sup> Die Maßnahme darf erst nach Vorlage des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Bewilligungsbehörde. Beginn der Maßnahme ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens. Der Grunderwerb ist ebenfalls nicht als Beginn des Vorhabens anzusehen.

## 11 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 11.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs-/Leistungsvertrages zu werten.
- 11.2 er zum Vorsteuerabzug  
 nicht berechtigt ist.  
 berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).
- 11.3  bei öffentliche Antragstellern: dass eine die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigende rechtskräftige Haushaltsatzung vorliegt.  
 bei freien Trägern: dass ein genehmigter Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan vorliegt.
- 11.4 unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
- 11.5 die in diesem Antrag (**einschl. der Antragsunterlagen und Anlagen**) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- 11.6 die Fördermittel ausschließlich zu Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt werden.
- 11.7 er bei der Vergabe von Aufträgen die Vorschriften der Verdingungsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen - (VOL) und der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) beachten wird.
- 11.8 er bei der Vergabe von Planungs-, Beratungs- und Gutachterleistungen die Vorschriften der HOAI und der VOF beachten wird.
- 11.9 ihm bekannt ist, dass die Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und des Brandenburgischen Subventionsgesetzes vom 11. November 1996 (GVBl. Bbg. I, Nr. 24, S. 306) in Verbindung mit den §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahmen von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I, Nr. 93, S. 2037) ist.

Subventionserheblich im Sinne dieser Vorschriften sind alle Angaben des Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderung beizubringenden Unterlagen sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und der noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils abhängig sind. Dies gilt insbesondere auch für die zu führenden Verwendungsnachweise. Subventionserheblich ist nicht nur die Mitteilung dieser Angaben, sondern auch das Unterlassen von Angaben, von Mitteilungen über Änderungen zum Antrag und im Bewilligungsverfahren sowie von Mitteilungen zum Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung.

- 11.10 Dem Antragsteller ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt und dass daher die Verordnung (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006) Anwendung findet.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.

Die Regeln für die Förderfähigkeit der Ausgaben werden bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 Verordnung (EG) Nr. 1083/2006).

Im Falle der Bewilligung erklärt er sich damit einverstanden, dass folgende Daten entsprechend Artikel 7, Absatz 2, lit d) der Verordnung (EG) 1828/2006 veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten,
- Bezeichnung des Vorhabens,
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel (ABl. EU vom 15.02.2007).

---

Ort, Datum

---

Unterschrift(en) der nach den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Person(en) Stempel/bei Kommunen Siegel

## 12 **Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung**

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die InvestitionsBank alle persönlichen und sachlichen Daten, die in meinem/unserem Antrag nebst Anlagen enthalten sind, zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Vertragsabwicklung und statistischen Auswertung elektronisch verarbeitet. Die InvestitionsBank ist berechtigt, diese Daten an alle Stellen zu übermitteln, die an der beantragten Förderung beteiligt sind.

Ich erkläre mich/Wir erklären uns damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergegeben werden können.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift(en) der nach den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Person(en) Stempel/bei Kommunen Siegel